

Pöfener Zeitung.

Achtundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Dabbe & Co.,
Haaften & Vogler,
Kudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 860.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 7. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Amtliches.

Berlin, 6. Dezember. Der König hat den seitherigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Siegen, Holzhaus, in Folge der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Der König hat dem Geheimrath v. Rndt zu Waldbrunn in der Oberförsterei Ostfild, Regierungsbezirk Posen, den Kronenorden vierter Klasse verliehen.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung.

Berlin, 6. Dezember. Am Tische des Bundesrathes v. Bötticher, Maybach, v. Kameke, v. Stöck, Scholz u. A.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf betreffend die Erhebung einer Vermögenssteuer sowie die Vornahme einer Viehzählung im Jahre 1882, damit in Verbindung eine Nachtragsforderung von 852,500 M. in dem Etat des nächsten Jahres, endlich die Kontrolle des elsass-lothringischen Etats für 1880-81.

Bei dem Etat der Reichseisenbahn-Verwaltung, in dessen Verathung das Haus zunächst eintritt, spricht Abg. Lingen s den Wunsch aus, daß die deutsche Verwaltung in Bezug auf die Heiligung des Sonntags denselben Geist, christliche Ordnung und Gottesfurcht aufrecht erhalten möge wie früher, gegenüber dem Geiste, der augenblicklich in unserem Nachbarstaat herrsche. Zu Klagen sei bisher kein Anlaß gegeben. Auch die Frage des Abg. Büchtemann, zu welchem Preise der Bedarf an neuen Schienen angelegt sei, da die Kosten für die Erneuerung des Oberbaues, Schienen und Schwellen, ungetrennt und summarisch aufgeführt würden, erwidert der Kommissar Geh. Rath Rinel, daß 180 M. für die Tonne Schienen mit Lieferung, Transport- und Vertheilungskosten in Rechnung gelegt seien.

Abg. Büchtemann: 180 M. inklusive Transportkosten bedeuten 180 M. loco Werk; die deutschen Werke haben aber in der letzten Zeit Schienenverträge nach dem Auslande, namentlich nach Italien, zu sehr erheblich geringeren Preisen abgeschlossen, so rheinisch-westfälische Werke zu 133 M. nach Genua, d. h. nach Abzug der Transportkosten ungefähr zu 115 M. Bei den letzten Submissionen in Preußen wurden 145 bis 160 M. von den Werken gefordert. So wirkt der Zoll für die Staatsbahnen und die gesamte Eisenbahnverwaltung in Deutschland, die jetzt überwiegend Staatsverwaltung geworden ist. Von den 400,000 Tonnen Schienen, die im vorigen Jahre produziert wurden, sind etwa 270,000 Tonnen exportirt und 130,000-150,000 Tonnen im Inlande verbraucht. Es wird also zu Gunsten der deutschen Schienenwerke, deren Zahl bekanntlich nicht sehr groß ist, eine Summe von etwa 900,000 M. aus dem Staatshaushalt direkt bezahlt. Es erscheint doch eigentlich nicht zulässig, daß auf Kosten der Allgemeinheit die Schienenwerke etwa 3,000,000 M. rein Netto erhalten, ohne daß sie irgend etwas Besonderes dafür leisten. Die Differenz im Etat beträgt nicht weniger als etwa 50 Mark pro Tonne. Bei der Eisen-Enquete hat einer der ersten Industriellen den Preis der Stahl-Schienen ungefähr auf 110 Mark pro Tonne berechnet ausschließlich desjenigen, was zur Verzinzung und Amortisation der Werke notwendig ist. Wird es da nicht für die Eisenbahnverwaltung selbst fraglich, ob sie unter diesen Umständen lediglich die inländischen Wünsche berücksichtigen könne und ob es nicht notwendig erscheint, das Ausland insofern hinzu ziehen, daß die Differenz sich vermindert?

Wenn die Staaten selbst die Kosten zahlen, so ist es ja ganz unerheblich, ob der Zoll faktisch bezahlt wird oder nicht, das Geld kommt schließlich aus einer Tasche in die andere. Ein solcher Zustand ist selbst für die inländische Industrie nicht aufrecht zu erhalten.

Kommissar Geh. Rath Rinel: Es ist ganz richtig, daß nach Abzug der Transport- und Vertheilungskosten die Produktionskosten der Schienen auf etwa 160 M. im Etat vorausgesetzt sind. Nach den neuesten Submissionen im Inlande sind die Schienen in dieser Höhe veranschlagt worden. Ich kann also nur konstatiren, daß eine Meinungsverschiedenheit über die Angelegenheit der Schienenpreise, wie sie in Antrag gebracht sind, nicht besteht.

Der Etat wird unverändert genehmigt, ebenso der Etat der Post, welche für den Antheil des Reiches den Reingewinn mit 1,500,000 Mark und die Banknotensteuer mit 6425 Mark in Einnahme stellt.

Es folgen die Titel des Militäretats, welche der Budgetkommission überwiesen waren. In ihrer ersten Lesung hatte sie 600,000 M. ersparen wollen durch Verlängerung der Rekrutenverpflichtung. Auf den Widerspruch des Kriegsministers beschloß sie in der zweiten Lesung bei den Positionen für die Ersatzreservisten 600,000 M. zu ersparen, die sich auf die verschiedenen Kapitel vertheilen. Es sollen nämlich im Jahre 1882/83 statt 38,041 nur 29,700 Ersatzreservisten eingezogen werden. Nachdem der Referent v. Maltzahn-Gülz seinen Antrag der Kommission begründet, bemerkt Abg. Richter: Nachdem die von der Kommission in der ersten Lesung beschlossene Ersparung von 800,000 M. in Folge der Rekrutenverpflichtung auf den entsprechenden Widerstand des Herrn Kriegsministers gestossen, hat die Kommission, seinem Fingerzeige folgend, sich dazu entschlossen, eine Ersparnis bei den Ersatzreservisten zu machen. Es muß anerkannt werden, daß der Kriegsminister vollkommen auf dem Boden des Gesetzes steht, wenn er die Mannschaften so lange, als es geschieht, unter der Fahne behält. Er selbst ist aber bereits von diesem Standpunkte abgewichen, indem er die dreijährige Präsenzzeit der Infanterie faktisch auf 2 Jahre 4 Monate und 28 Tage herabgesetzt hat. Er scheint der Meinung zu sein, daß sich bei gutem Willen etwas ersparen ließe, aber zu befürchten, daß der Reichstag ihn von Schritt zu Schritt von seinem Rechtsstandpunkte abdrängen könnte. Dies Mistrauen ist durchaus unbegründet. Soweit es sich um die Schlagfertigkeit des Heeres handelt, wird er stets bereit finden, die nöthigen Mittel zu bewilligen. Aber ich glaube, daß es auch ohne Verminderung dieser Schlagfertigkeit gehen wird, auf dem beschränkten Wege weiter fortzugehen und die Präsenzzeit für den einzelnen Mann noch mehr herabzusetzen und zwar in Folge des Instituts der Ersatzreservisten, wenn nicht in diesem Jahre, so doch in der Zukunft.

Kriegsminister v. Kameke: Von einem Mistrauen der Kriegsverwaltung gegen den Reichstag ist nicht die Rede, sie ist ebenso wie der Reichstag, die Lasten des Militärs zu erleichtern, glaubt aber bis dahin entgegengekommen zu sein, wo die Schlagfertigkeit des Heeres es gestattet.

Nach dem Etat sollen 29,700 Ersatzreservisten eingestellt werden und zwar nach den Erläuterungen 16,000 zu zehnwöchentlichen, der Rest zu vierwöchentlichen Uebungen. Im Interesse besserer Klarstellung, im Interesse des Rechnungshofs, dem die Kontrolle erleichtert werden muß, und der sich nur an den Etat in der vom Reichstage beschlossenen Form halten kann, endlich im Sinne des Gesetzes selbst wünscht Abg. Richter die beiden Kategorien mit den entsprechenden Kosten im Etat auch äußerlich zu trennen, weil sonst die Kriegsverwaltung möglicherweise die gesammte Summe von 29,700 Ersatzreservisten zu dem Maximum der Uebungszeit heranziehen könnte, indem sie sich die Mehrkosten dafür durch Ersparungen an anderen Stellen des Militäretats beschafft.

Abg. Richter theilt diesen Wunsch durchaus, obwohl er selbst ohne äußere Trennung die Verwaltung für verpflichtet hält, die beiden Kategorien von 10- resp. 4wöchentlichen Uebungszeit streng auseinander zu halten.

Kriegsminister v. Kameke hat gegen diese Trennung gar nichts einzumenden und so wird denn der Herr Referent die redactionelle Aenderung für die dritte Lesung vorbereiten.

Das Haus tritt den Vorschlägen der Budgetkommission in allen Punkten bei und ermäßigt in Folge dessen die betreffenden Positionen der einzelnen Kapitel um 620,000 M. Ebenso werden „zum Erlasse des Abganges an kleinen Feuer- und Handwaffen, wie derselbe namentlich durch allmähliche Abnutzung der im dauernden Gebrauche der Truppen befindlichen Garnitur entsteht“, statt der geforderten 1,490,600 Mark nur 1,000,000 Mark gemäß den Beschlüssen der Kommission bewilligt. Beim ordentlichen Etat der einmaligen Ausgaben beantragt die Kommission 130,000 Mark, die als erste Rate für den Neubau einer Garnisonbäckerei und eines Dienstgebäudes in Altona gefordert werden, zu streichen, während sie bei einer Reihe anderer Neubauten nur eine erste Rate zur Projektbearbeitung zu bewilligen, dagegen die darüber hinausgehende Forderung einer Summe zum Terrainwerb abzulehnen vorschlägt. Den bezüglichen Anträgen tritt das Haus durchgängig bei.

Es folgt der außerordentliche Etat der Militär-Verwaltung.

Abg. Sonnemann: Ich sehe mich veranlaßt, für mich und meine Parteigenossen eine kurze Erklärung hinsichtlich des Extraordinariums abzugeben. Die heutige Debatte hat gezeigt, wie schwer es ist, so lange das Militärgesetz von 1880 in Kraft ist, im Ordinarium des Militäretats wesentliche Einsparnisse durchzuführen. Nach langen Verhandlungen in der Budgetkommission ist es nur möglich gewesen, einen Abstrich von 620,000 Mark herbeizuführen, an einem Etat, der seit 1874 von 267 Millionen auf 343 Millionen gestiegen ist, sich demnach seit 7 Jahren um 76 Millionen erhöht hat. Daneben hat seit 1874 im Extraordinarium 354 Millionen bewilligt worden. Allerdings waren hierfür zum Theile besondere Fonds vorhanden. Andererseits mußten die erforderlichen Summen durch Anleihen beschafft werden. In die Unmöglichkeit versetzt, am Ordinarium Abstriche von Bedeutung zu machen, halten wir uns verpflichtet, für die Dauer des Militärgesetzes von 1880 wenigstens im Extraordinarium die strengste Sparsamkeit walten zu lassen. Die Budgetkommission hat von den projektierten Bauten schon mehrere abgelehnt. Meine Parteigenossen werden gegen jede einzelne Bewilligung in diesem Extraordinarium stimmen, weil wirkliche Neubauten in Frage kommen und nicht schon theilweise frühere Theilbewilligungen vorliegen. Durch diese Abstriche würde die Wehrfähigkeit der Nation in keiner Weise beeinträchtigt werden. Wir wollen durch dieses Votum unserer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die bestehende Militärlast auf die Dauer unerschwinglich erscheint, und daß die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Volkes durch den gegenwärtigen Zustand von Jahr zu Jahr schwerer geschädigt werden.

Abg. Richter (Hagen): An diese allgemeine Bemerkung will ich auch meinerseits eine solche anknüpfen, um einer mißverständlichen Auffassung unseres Standpunkts außerhalb dieses Hauses zu begegnen. Wir sind übereinstimmend mit dem Vorredner der Ansicht, daß die gegenwärtige Militärlast im Verhältnis zu der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes zu hoch ist und daß auch Einsparnisse gemacht werden können, ohne die Wehrkraft des Landes nach Außen hin zu beeinträchtigen. Wir haben zu jeder Zeit versucht, diesen Standpunkt geltend zu machen, namentlich haben wir f. B. bei Gelegenheit der Verathung des Militärgesetzes gegen die Erhöhung der Präsenzstärke gestimmt, und obwohl durch Annahme desselben die Befugnisse dieses Hauses sehr eingeschränkt sind, haben wir doch noch im Einzelnen versucht, Einsparnisse zu machen. Ich halte es aber nicht für angemessen, nun von diesem Standpunkte aus in Pausch und Bogen mich gegen sämtliche Neubauten zu erklären. Wir können es doch nicht leugnen, daß auch für denjenigen Bestand der Armee, den wir für notwendig halten — wir unterscheiden uns ja von der anderen Seite dieses Hauses nur in dem Maße oder Weniger, keineswegs meinen wir, daß das Land durch eine Militz oder Bürgerwehr vertheidigt werden könnte — gewisse bauliche Aufwendungen nöthig sind. Wir können unmöglich alte Kasernen und Lazarethe — es handelt sich doch hier vorzugsweise um Ersatzbauten — verfallen lassen, um schließlich doch neue an deren Stelle setzen zu müssen. Der Radikalismus des Vorredners würde nicht zu einer Verminderung der Last führen, sondern dieselbe noch mehr erschweren. Wir meinen auch, daß diejenigen Soldaten, die wir dauernd nöthig haben, auch heute noch nicht vollständig kasernirt sind; wir müssen daher noch eine gewisse Zahl von Kasernenbauten bewilligen, falls man nicht überhaupt das Prinzip hätte, daß die Soldaten besser in Bürgerquartieren untergebracht werden — eine Anschauung, die dem Vorredner im Lande wohl wenig Beifall verschaffen dürfte. Ich halte daher das vom Vorredner vorgeschlagene Mittel der Opposition für untauglich und sachwidrig und kann mich ihm deshalb nicht anschließen.

Abg. v. Bühlcr (Dehringen): Ich halte diese Gelegenheit für passend, um die Erklärung abzugeben, daß ich meinen Abstrichsantrag, wenn nicht in dieser, so doch in der nächsten Session wieder einbringen werde. Die darin vorgeschlagene Maßregel scheint mir der einzige Weg zu sein, um das von dem Vorredner angestrebte Ziel zu erreichen.

Für ein neu zu errichtendes Militär-Knabenerziehungsinstitut und Unteroffiziersvorschule in Neu-Breisach werden 290,000 Mark als erste Rate verlangt, deren Bewilligung die Kommission beantragt.

Abg. Richter (Hagen): Der Gedanke, Unteroffiziersvorschulen einzurichten, ist ein ganz neuer. Die erste derartige Schule wurde in Annaburg errichtet, ohne Mitwirkung des Reichstages auf Grund des Pauschquantums; debattirt wurde die Frage im Reichstag erst im

Jahre 1878 bei Gelegenheit der Errichtung der Weiburger Unteroffiziersvorschule, die nur mit geringer Majorität genehmigt wurde. Ich halte die Einrichtung solcher Anstalten, wie die hier vorgeschlagene, für verfehlt, weil sie auf dem Prinzip beruhen, junge Leute schon zu einer Zeit für einen Beruf zu bestimmen, wo sie über denselben noch kein klares Urtheil haben können. Zudem wird dadurch eine lastenmäßige Abschließung einzelner Stände herbeigeführt, der wir in der heutigen Zeit gerade entgegengetreten sollten. Bei der hier vorgeschlagenen Knabenschule wird schon ein erst 12jähriges Kind dem Unteroffiziersberufe entgegengeführt, dem es sich später, falls es keine Neigung dazu mehr hat, nur unter großen Opfern entwinden kann. Der Schüler muß die Verpflichtung übernehmen, für jedes Schuljahr 2 Jahre im Heere zu dienen; will er sich von dieser Pflicht befreien, so muß dem Staat eine Entschädigung von 465 M. pro Jahr gezahlt werden. Daß bei den hier in Betracht kommenden Verhältnissen die Aufrichtung einer solchen Summe beinahe unmöglich ist, liegt auf der Hand. Der Umstand, daß für diese Anstalt schon viele Anmeldungen vorliegen, fällt nicht ins Gewicht. Die Zahl der Eltern, die bereit sind, ihre Kinder auf Staatskosten erziehen zu lassen, wird stets — leider — sehr bedeutend sein. Die französischen Verhältnisse, auf die zur Empfehlung dieses Instituts hingewiesen ist, liegen doch weit anders als die unsrigen. Dort ist der Unteroffiziersstand mehr Lebensberuf, bei uns ist er vorzugsweise ein Durchgangsstadium zu einer Zivilstellung. Ich bitte in dieser Frage nichts zu überstürzen und wenn Sie irgend zweifelhaft sind, die Position abzulehnen.

Bundesrathskommissar Hauptm. Haberling: Die Knabenschule soll nicht lediglich eine militärische Vorbildung geben, sondern auch für den späteren Zivildienst brauchbar machen. Sie soll eine 4klassige sein und der Eintritt mit dem 11. Lebensjahre erfolgen. Was die Verpflichtung betrifft, die den Schülern auferlegt wird, so muß jeder, der die Unteroffiziersvorschule und die Unteroffizierschule durchmacht, acht Jahre dienen, die zuzüglich der in der letzteren durchgemachten Zeit eine aktive Dienstzeit von 10 Jahren darstellen. Auch der Vorwurf der Beschränkung der Wahlfreiheit hinsichtlich des Berufs scheint ungerechtfertigt; denn bei unwillkürlicher Entlassung eines Schülers — und diese tritt gewöhnlich ein, wenn die Leistungen nicht genügen und keine genügende Qualifikation vorhanden ist — hört jede Verpflichtung desselben auf. Außerdem kann jeder Knabe mehrere Monate lang probeweise in der Anstalt bleiben und, falls er sich nicht gefallen sollte, dieselbe ohne Ersatz verlassen. Uebrigens ist die Einrichtung der Schule durch den Unteroffiziersmangel, der noch herrscht, geboten.

Abg. Simonis: Ich würde nicht in die Diskussion eingreifen haben, wenn nicht die Behauptung aufgestellt wäre, daß die Elässer aus der französischen Zeit sich eine besondere Neigung, Unteroffizier zu werden, bewahrt hätten. Diese Behauptung, die dem Herrn Reichsfürstentum entlehnt ist, ist erfunden und hat seiner Zeit im Elsaß Stürmen erregt. Man hat sich damals erinnert, daß aus dem Elsaß 140 Generale hervorgegangen sind. Ich protestire daher gegen die Behauptung, daß die Elässer nur zu Unteroffizieren tauglich seien. (Oho! im Hause.) Uebrigens beweist die Regierungsvorlage nur, daß ein Defekt in unserem Schulwesen eingetreten ist. Gätte die Regierung uns unsere Primar- und freien Schulen gelassen, so würde es dieser kostspieligen Vorlage nicht bedurft haben. Wir werden daher diese Position ablehnen.

Abg. Richter (Hagen): Die Frage, die ich vorhin berührt, war eine deutsche Frage und hatte mit Elsaß-Lothringen gar nichts zu thun. Der Herr Abg. Simonis hat mich auch mißverstanden, wenn er glaubt, daß die Elässer unterschätze. Ich habe nur gesagt, daß es fraglich sei, ob die Neigung, Unteroffizier zu werden, jetzt noch so groß ist als früher. Der französische Unteroffizier nimmt eben eine andere Stellung ein und hat ein anderes Manövement vor sich. Dem Herrn Regierungskommissar muß ich bemerken, daß er keines meiner Bedenken beseitigt hat. Wenn im Elsaß wirklich so große Neigung vorhanden ist, als Unteroffizier in die Armee zu treten, warum hat es denn hier eines Neuzimmels bedurft, das in dem übrigen Deutschland nicht vorhanden ist. Er hat dann weiter gesagt, daß noch 3000 Manqueuents an Unteroffizieren seien. Das will gar nichts besagen gegenüber den 50,000 bis 60,000 etatsmäßigen Unteroffizieren unserer Armee. Der Rest der Manqueuents wird in den nächsten Jahren ganz verschwinden, da dieselben schon jetzt gegen das vorige Jahr bedeutend abgenommen haben. Nun sagt man, das Bedürfnis einer solchen Schule ist sehr groß im Elsaß, die Zahl der Anmeldungen ist eine derartige, daß nur ein Theil derselben berücksichtigt werden konnte. Ich glaube, daß es immer Eltern, die das Bedürfnis haben, ihre Kinder auf Staatskosten zu erziehen, in großer Anzahl geben wird. Man könnte sich davon sogar hier in Berlin überzeugen. Aber gerade die Bedenken, die ich am schärfsten hervorgehoben, sind durch den Regierungskommissar nicht abgeschwächt worden. Die Knabenschule, die jetzt in Neu-Breisach errichtet werden soll, ist eine ganz neue Einrichtung, denn die in Annaburg bestehende Schule, ist lediglich für die Kinder von Unteroffizieren bestimmt. Nun sollen in diese Schule die Knaben mit dem elften Jahre, also noch früher als ich annahm, aufgenommen und da schon entschieden werden, was aus dem Kinde werden soll. Nicht einmal finanziell empfindet sich ein solches Verfahren, denn die Behörden haben selbst empfunden, daß der dritte Theil der in Unteroffizierschulen Aufgenommenen sich später als untauglich erwies, und also auch der dritte Theil der Ausgaben umsonst gemacht ist. Wenn endlich die Regierung noch im Unklaren darüber ist, ob die Verpflichtung für jedes Schuljahr zwei Jahre im Heere zu dienen auch auf die Knabenschule ausgedehnt werden soll, so begreife ich nicht, was uns beweisen soll, ein so bedenkliches Institut zu schaffen. Ich empfehle daher unter der gegenwärtigen Finanzlage diese Position wenigstens für dieses Jahr zu streichen.

Hauptmann Haberling bemerkt, daß das Manquement von 3000 Unteroffizieren sich allein auf Preußen beziehe, welches etatsmäßig 39,000 Unteroffiziere haben solle.

Abg. Petersen: Ich muß den Ausführungen des Abg. Simonis widersprechen. Das Schulwesen im Elsaß-Lothringen hat sich seit der Annexion nicht verschlechtert, sondern im Gegentheil verbessert. Simonis kann für seine Behauptungen aus der Vorlage selbst kein Argument entnehmen. Es bestehen bereits solche Schulen in den übrigen Theilen Deutschlands, dieselben sollen nun auch in den Reichslanden eingeführt werden.

Abg. Richter (Hagen): Man hat darauf hingewiesen, daß bis zum 17. Jahre ein Drittel der Böglinge wegen körperlicher Untauglichkeit aus den Unteroffiziers-Vorschulen entlassen worden seien. Dieser Uebelstand wird jetzt noch viel größer werden, weil die Aufnahme in die Schule nun schon im 11. Lebensjahre stattfinden soll. Es hat dann

der Bögling im Falle der etwa erst zur Zeit seines Eintritts in die Armee zu Tage kommenden Untauglichkeit einen Verlust von acht Jahren zu befrachten. Auf praktische Erfahrungen kann man sich bei diesen Anstalten noch nicht berufen, da die Unteroffizier-Vorschule in Weilburg erst seit 1878 besteht; die Böglinge derselben können also gar nicht in die Armee eingetreten sein.

Abg. Lasker: Es handelt sich hier um Einführung eines neuen Erziehungssystems. Denn es liegt nicht ein Spezialfall vor, sondern es sollen systematisch zu Unteroffizierschulen Vorschulen, und zu diesen wieder Knabenschulen eingerichtet werden. Ich glaube, wir könnten für dieses Jahr die vorliegende Frage noch offen lassen, da die Vorbereitung derselben in der Budgetkommission eine nicht genügende gewesen zu sein scheint.

Abg. Frege: Diese Position ist in der Kommission ebenso geprüft worden, wie die anderen. Sie könnte wohl noch an die Kommission zurückverwiesen, sollte aber nicht abgelehnt werden.

Abg. v. Benda: Die Position ist in der Kommission ohne Erörterung angenommen worden und ich beantrage daher die Zurückverweisung derselben.

Abg. Härtel bemerkt dagegen, daß die Position auf seine Anregung in der Kommission zur Sprache gekommen.

Abg. Lasker: Die Sache ist ganz klar, ich bin daher gegen die Zurückverweisung und bitte die Position abzulehnen.

Kriegsminister v. Kameke: Es soll mit dieser Einrichtung kein neues System geschaffen werden. Sie bietet der Armee einen großen Vortheil; wir haben dies hinsichtlich der Leistungen und der Führung der Leute bereits erfahren. Es sollen in diese Schulen nicht bloß Kinder von Unteroffizieren, sondern auch solche aus anderen Ständen Aufnahme finden.

Abg. v. Benda: Viele von uns sind nicht in der Lage sich heute schon über diese Angelegenheit ein klares Urtheil zu bilden, ich empfehle daher nochmals ihre Zurückweisung an die Kommission.

Abg. Richter (Hagen): Eine solche Knabenschule besteht wohl schon in Annaburg, aber nur für Kinder von Unteroffizieren. Nun sollen auch Kinder von Eltern aus andern Berufsarten aufgenommen werden und darin liegt das neue Prinzip. Man wollte in Weilburg darin nur versuchsweise ein Experiment machen, bisher haben wir aber noch keine genügenden Erfahrungen darüber sammeln können, und doch kommt die Kriegsverwaltung schon wieder mit einer neuen Forderung. Warum sollte die Sache nicht auf ein Jahr vertagt werden? Bis dahin würden sich die Verhältnisse klarstellen. Die Regierung ist sich selbst darüber noch nicht klar, ob und wie lange die Böglinge der Knabenschule die Verpflichtung zum Diensten haben werden; ferner sind auch die bedeutenden Unterhaltungskosten zu berücksichtigen, über deren Höhe man auch noch nicht klar ist.

Herrn v. Maltzahn-Gülz erhebt keinen Widerspruch gegen die Rückverweisung der Position an die Kommission. In dieser sei die Forderung zuerst unbeantwortet genehmigt worden, später wäre man aber auf Anregung eines Mitglieds nochmals darauf zurückgekommen. Es habe nun eine eingehende Erörterung darüber stattgefunden, schließlich sei jedoch die Position von der Majorität der Kommission angenommen worden.

Das Haus tritt mit geringer Mehrheit, welche sich aus den Konservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen zusammensetzte, dem Vorschlage des Abg. von Benda, den Titel an die Budgetkommission zurückzuverweisen, bei.

Der Rest des außerordentlichen Etats wird nach den Anträgen der Budgetkommission genehmigt. Es werden diesen Anträgen gemäß folgende Positionen getrichen: 70,000 M. erste Rate zum Neubau eines Stalles für die Pferde einer Eskadron Husaren in Mischersleben, 55,000 M. erste Rate für eine Kaserne für ein Bataillon Infanterie in Rudolstadt, 50,000 M. erste Rate zum Neubau einer Kaserne für vier Eskadrons Dragoner in Stendal, 34,000 M. erste Rate zum Neubau einer Kaserne für zwei Eskadrons in Ratibor und 300,000 M. zum Neubau eines Kasernenkomplexes für Feldartillerie in Schwerin. Außerdem werden mehrere Verminderungen von Positionen beschlossen, so werden zum Neubau einer Infanteriekaserne in Stargard in Kommern statt 500,000 nur 300,000 Mark, zum Neubau einer Infanteriekaserne in Posen nur 600,000 statt 800,000 Mark bewilligt.

Um 4½ Uhr wird die weitere Etatsberatung bis Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 6. Dezember. [Fürst Bismarck und Windthorst.] Für das Reichstags-Foyer war heute wieder ein sensationeller Tag: eine erregte, am Vormittag stattgehabte Sitzung der Hamburger Kommission und das abermals umlaufende Gerücht, daß Fürst Bismarck sich alsbald auf die auswärtigen Angelegenheiten zurückziehen und die innere Politik Herrn v. Puttkamer als Vizekanzler überlassen werde, bildeten die Gegenstände der Unterhaltung, welche wieder einmal das weite Gebiet der Konjekturen und Kombinationen für sich offen ließ. Der heutige, geistige Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen Herrn Windthorst hatten allgemein überrascht, nicht nur wegen des scharfen Gegensatzes zu der verhältnismäßigen Gelassenheit, mit welcher die Haltung der Klerikalen zum Volkswirtschaftsrath bisher offiziell behandelt worden war, sondern namentlich auch, weil die Äußerung Windthorst's über den möglichen Einpruch Russlands und Englands gegen die Verlegung der Zollgrenze auf der Elbe fast Niemandem bekannt war. Sie ist offenbar in der betr. Kommissionsitzung keinem Mitgliede besonders aufgefallen, sonst wäre sie auch in einem der Zeitungsberichte, welche auf den Mittheilungen der Kommissionsmitglieder beruhen, übergegangen. Ganz unbegründet wird es also nicht gewesen sein, wenn Herr Windthorst in der heutigen Sitzung der Kommission heftig reklamierte; der Finanzminister Bitter hielt die Darstellung des offiziellen Blattes denn auch nicht aufrecht, wenngleich er den Kern derselben nicht preisgab; die Situation des Herrn Bitter war eine sehr unbehagliche. Nach mancherlei Präzedenzien aus der nationalliberalen Ära, wo derartige Angriffe auf einzelne Führer der damals „ausgeschlaggebenden“ Partei durchaus nichts Ungewöhnliches waren, mußte aber das Interesse der an dem Zwischenfall nicht unmittelbar beteiligten Personen sich mehr auf die Frage richten, zu welchem Zwecke derselbe herbeigeführt worden, als auf die, wie es um den äußeren Anlaß dazu steht — um so mehr, da das Gerücht hinzukam, Fürst Bismarck werde heute Abend auf seiner parlamentarischen Soirée ankündigen, daß er die innere Politik Herrn von Puttkamer als Vizekanzler zu überlassen gewillt sei. Es standen einander zwei Auffassungen gegenüber. Nach der einen hätte der Kanzler sich definitiv überzeugt, daß er mit dem Zentrum nicht unter Bedingungen wie er sie wünscht, zur Verständigung gelangen könne, und man hätte den brüskten Abbruch der Verhandlungen vor sich — womit es ja im Einklang stände, wenn Fürst Bismarck, da er auf keiner Seite die erforderliche Unterstützung fände, sich zeitweilig von der inneren Reichspolitik zurückzöge,

allerdings schwerlich ohne den stillen Vorbehalt, bei dem ersten günstigen Anlaß zu einer Reichstagsauflösung wiederzukommen. Aber obgleich auch hervorragende Parlamentarier zu dieser Ansicht von der Sachlage neigten, fehlte es keineswegs an urtheilfähigen Leuten, die auch diesmal nicht an das „Kommen des Wolfes“ glaubten, sondern in dem Artikel der „N. A. Z.“ und in der Ankündigung des Rücktritts nur eine kombinierte Aktion mit dem Zwecke erblickten, das Zentrum zur Nachgiebigkeit in der Frage des Volkswirtschaftsraths bis zur dritten Lesung zu veranlassen. Daß Herrn Windthorst's Führer-Stellung innerhalb der Zentrums-Fraktion einigermaßen erschüttert ist, erwähnten wir wiederholt und wird dem Kanzler wohl auch bekannt sein; unter diesen Umständen ist es vielleicht nicht schlecht berechnet, wenn man die gouvernementale Richtung im Zentrum dadurch zu stärken hofft, daß man zu vernehmen giebt, Herr Windthorst gefährde durch sein persönliches Verhalten das Zusammengehen des Kanzlers mit dem Zentrum; es wäre mutatis mutandis die Taktik, die zur Blüthezeit der nationalliberalen Politik häufig im Hinblick auf unbehagliche „Amendements Lasker“ geübt wurde. Aus der Erregung, in welcher Herr Windthorst heute Vormittag in der Kommission sich vertheidigte, konnte man wohl schließen, daß er den gegen ihn geführten Streich als nicht ungefährlich empfand, was bei dem dringenden Verlangen der aristokratischen Agrarier der Fraktion, mit dem Kanzler zum Friedensschluß zu kommen, und in Anbetracht der Hoffnungen des Klerus auf Beendigung der kirchenpolitischen Prüfungszeit sehr begreiflich ist. Ob der Einschüchterungsversuch — falls einer vorliegt — aber auf das Gros der oppositionellen Elemente des Zentrums wirkt, ist die Frage.

□ Kolo, 30. Nov. [Landwirtschaftliches.] Nach den nunmehr über den Ernteausschlag in den Kreisen Kolo, Konin und Lenczyca gemachten Zusammenstellungen dürfte über die Ergebnisse der diesjährigen Ernte als zuverlässig zu berichten sein. Der Roggen-ertrag ist ein gut mittelmäßiger, und dürfte ein Steigen der Preise nicht weiterhin zu erwarten sein, wenn nicht etwa gegen das Frühjahr sich ein Fehlen der nöthigen Bestände bei Landwirthen herausstellt, die, durch die guten Preise verlockt, ohne Rücksicht auf nachhaltige Vorräthe für den Bedarf gleich nach der Ernte nur an schnelles Ausdreschen und Absetzen an Käufer aus Preußen bedacht waren und über ihre Kräfte verkauft haben. Der Weizen lieferte leider nicht die Ernte, wie der Stand der Felder erwarten ließ; man kann rechnen, daß im Durchschnitt kaum 2 als Frucht zu rechnen und der Rest als Ausfall zu betrachten ist. An Ausfuhr ist also nicht zu denken, vielmehr mußte hin und wieder der Saame zur Aussaat von auswärts bezogen werden. Der Ertrag an Hafer ist mittelmäßig, an Gerste besser, zum Theil sogar gut, an Erbsen nur mittelmäßig. An Kartoffeln darf man im Durchschnitt 50 bis 55 Zentner gute, mehrlreiche Früchte auf den Magdeburger Morgen annehmen. (In Polen wird nach Kulmer Morgen gerechnet, ein Kulmer Morgen gleich 2 Magdeburger Morgen und einige Quadratruthen.)

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 6. Dezember. In der am 5. Dezember unter dem Vorsitz der Staatsminister v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurden zunächst die Vorlagen betreffend die Ueberficht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für 1880/81 und betreffend die Erweiterung eines Bauplazes für das Reichstagsgebäude, dem zuständigen Ausschüsse überwiesen. Der Gesetzentwurf betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1881/82 wurde genehmigt. Auch dem Entwurfe eines Gesetzes über die Erhebung einer Berufsstatistik und die Vornahme einer Viehzählung im Jahre 1882, ertheilte, gemäß den Anträgen der Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen, die Zustimmung ihre Zustimmung. Ein Antrag des Ausschusses für Justizwesen betreffend Herstellung einer Statistik der Straftathen wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze wurde angenommen. Ebenso fand der protokollarische Antrag des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen wegen des bei Ermittlung des Nettogewichts steuerpflichtigen Salzes in Säcken zu beobachtenden Verfahrens die Zustimmung der Versammlung. Eingaben von Privaten betreffend die Zolltarifirung von Korallenschnüren, den Erlaß des Zolles für auf dem Transport zu Grunde gegangenes Salz, und den Erlaß einer Zollnachforderung für wollene Zeugwaaren, wurden nach den Anträgen der Ausschüsse abgelehnt, einem Gesuche betreffend den Erlaß der Steuer für denaturirtes Salz zur Stärkfabrikation dagegen Folge gegeben. Ein Antrag der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen in Betreff der Ausfuhr für Bauausführungen bei der Zollabfertigungsstelle am Entenwälder in Hamburg wurde angenommen. Schließlich wurde für die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend den Schutz nützlicher Vögel, im Reichstage Kommissarien des Bundesraths ernannt.

Strasburg i. G., 5. Dezember. Am Schlusse der heute Abend zu Ehren des Landesauschusses gegebenen Tafel erhob sich der kaiserliche Statthalter zu folgender Rede:

„Ich freue mich aufrichtig, die geehrten Herren des Landesauschusses wieder an meiner Tafel begrüßen und auffordern zu können, mit mir auf das Wohl von Elsaß-Lothringen zu trinken! Zuvor möchte ich auch heute vertrauliche Worte an die geehrten Herren richten. Ob es klug ist, dies zu thun, lasse ich dahingestellt, denn meine bisherigen Ansichten sind vielfachen Deutungen unterworfen worden, aber mit dem Rufe will ich einst scheiden, immer in vollster Offenheit und ohne jeglichen Rückhalt Ihnen gegenüber verfahren zu haben, und so spreche ich. Seitdem ich die geehrten Herren nicht gesehen, haben sich Wolken zwischen uns erhoben, und vermag ich dieselben nicht völlig zu zerstreuen, so möchte ich doch wenigstens sie nicht dunkler werden lassen, und das kann nur geschehen, wenn ich ihnen die Gründe meines Handelns vorlege. Ich verstehe unter jenem Gewölbe den Eindruck, den das Sprachgeheim, das Verbot der französischen Versicherungs-Gesellschaften und die Anwendung des Diktatur-Paragraphe hervorgeufen haben. Alle drei Maßnahmen habe ich ungerne getroffen, weil ich mußte, wie störend es im Anfangs der Herren sein würde, in deutscher Sprache zu verhandeln, weil das Verbot jener Gesellschaften in althergebrachte Geschäftsverbindungen eingriff, weil die Anwendung des Diktaturparagraphe den Ausnahmestand des Landes wieder klar vor Augen stellte. Belsach hat man nun gesagt, ich habe gerne die beiden ersten Maßnahmen ergriffen, um das Land schneller zu germanisieren. Nein, meine Herren! ich will mich nicht überschätzen, aber so beschränkt bin ich wahrhaftig nicht, um zu glauben, daß eine Bevölkerung, die in der Zusammengehörigkeit mit dem durch Geist und inneres Leben ausgezeichneten Frankreich aufgewachsen und herangebildet worden ist, in der das Gefühl lebt, Frankreich die bürgerliche Freiheit und die individuelle Selbstständigkeit zu verdanken, deren Söhne hervorragende Ruhmestellen in der Glanzperiode der französischen Waffen eingenommen haben, daß eine solche Bevölkerung in wenig Jahren zu deutschen Patrioten umgebildet werden könnte. Wäre Elsaß-Lothringen von einer Bevölkerung bewohnt, die ihre Vaterlandsgefühle wechelt wie ein Kleid, Deutschland würde nicht so hohes Gewicht auf die Wiedergewinnung des Landes legen; zu dieser Umbildung gehören die gewaltigen Stunden, die Zeit! Daß sie aber kommt, ist

für den sicher, der die Reserven von den deutschen Regimenten zurückführen sieht, der im ganzen Lande von den Kindern das „Heil Dir im Siegerkranz“ hört, der die Macht des durch die Geschichte bewährten eigenthümlich deutschen Genius kennt. Wie sollte ich in diesen sich entwickelnden sicheren Gang durch künstlich gewaltthätige Maßnahmen störend und nur Reaktion hervorruhend eingreifen wollen? Wahr ist es, ich habe die geehrten Herren im vorigen Jahre zur offenen Anerkennung der Zusammengehörigkeit von Elsaß-Lothringen mit Deutschland aufgefordert, aber ich habe auch hinzugefügt, daß ich ihre Sympathien für diese Zusammengehörigkeit noch nicht beanspruchen konnte. Wahr ist es auch, daß ich in meinem heißen Wunsche, die Gewährung der vollen verfassungsmäßigen Rechte an Elsaß-Lothringen zu beschleunigen, im Februar dieses Jahres gerathen habe, achtbare, unabhängige Männer in den Reichstag zu wählen, welche diese Zusammengehörigkeit offen bekennen; aber in demselben Momente habe ich ihnen auch ausgesprochen, daß ich auch bei diesem Rathe mich nicht an ihre Herzen, nur an ihr Urtheil gewandt, nicht vom Germanisiren, bloß von politischen Vortheilen für das Land handelte es sich hier. Fern also hat mir bei dem Ergreifen jener Maßnahmen jedes Germanisierungsbedenke gelegen, das Wohl der Bevölkerung gebot das für Pflicht! Zu dem Wohlergehen einer Bevölkerung gehört das Gefühl der Sicherheit von dem Bestande des Staatsverhältnisses und in unserm Falle das von der definitiven Zusammengehörigkeit von Elsaß-Lothringen mit Deutschland. Dieses Gefühl der Sicherheit in der Bevölkerung nicht vorhanden und darunter leiden alle Verhältnisse, wird der Unternehmungsgeist gelähmt, wird es erschwert, das junge Elsaß-Lothringen in die Verwaltung treten und somit das Interesse des Landes, das Eingeborene die höheren Beamtenstellen einnehmen, für lange Zeit gefährdet. Und woher rührt diese Unsicherheit? Während die gemeinsamen Arbeiten der Beiräthe und des Landesauschusses mehr und mehr auf die Veruhigung im Lande einwirkten, wurde hiergegen agitiert, und während die Gouvernements beider großen Nachbarländer in Frieden und Eintracht mit einander verhandelten, wurde von Frankreich her in Reden, Zeitungen, Brochüren, Komites und demonstrativen Vereinsfeierlichkeiten immer und immer wieder direkt und indirekt die Versicherung ausgesprochen, daß Elsaß-Lothringen nur durch Gewalt unterdrückt, nur vorübergehend von Frankreich getrennt sei, daß es moralisch mit ihm vereinigt bleibe, daß es wieder an Frankreich zurückfallen werde. Die Männer, welche ihr Elsaß-Lothringischer Patriotismus veranlaßt hatte, ihre Kräfte dem Lande zu widmen, wurden selbstthätiger Absichten beschuldigt und zu Renegaten gestempelt. Der Zustand konnte nicht bleiben, es war gezwungen Klarheit und Sicherheit in die Gemüther zu bringen. Ueber das Wie habe ich viel nachgedacht, Gegenerklärungen, Gegendemonstrationen hätten nur mehr Aufregung erzeugt, das Handeln wurde zur Pflicht, facta loquuntur, der Beweis mußte geführt werden, daß das deutsche Reich Elsaß-Lothringen voll und ganz als deutsches Land betrachtet. So lange die verfassungsmäßige Vertretung von Elsaß-Lothringen in französischer Sprache verhandelt, so lange die Bevölkerung die Reden ihrer Vertreter in französischer Sprache gehalten ließ, so lange gewinn die Behauptung, daß die Trennung des Landes von Frankreich nur provisorisch sei, leichten Boden; spricht die Landesvertretung deutsch, werden die Reden der Landesvertreter nur als ins Französische übersetzt gelesen, so erkennt das Land viel leichter das Definitive seiner Zusammengehörigkeit mit Deutschland an. Aus diesem Grunde habe ich jenen Antrag gestellt, und Kaiser und Reich haben den Stempel des Gesetzes darauf gedrückt. Aus demselben Grunde, dem Grunde der Veruhigung des Landes zu fördern, wurde das Verbot der französischen Versicherungs-Gesellschaften notwendig. Die Wichtigkeit, welche kaufmännischen Agenten beizubringen, der Einfluß, den sie auf Stimmungen und Meinungen ausüben können, ist bekannt und noch vor Kurzem hervorgehoben worden. Bei der fortwährenden Agitation französischer Blätter, Vereine nicht ich tautenden von französischen Gesellschaften abhängigen Agenten nicht ferner das Domizil in Elsaß-Lothringen gestatten. Das, geehrte Herren, sind die Gründe, welche mich zu beiden Maßnahmen genöthigt haben, das Gebot der Selbsterhaltung zwang sie mir auf! Und nun, geehrte Herren, habe ich Ihnen noch Auskunft zu geben über die Anwendung des Diktatur-Paragraphe. Ich hatte gehofft, ihn schlafen lassen zu können, bis es möglich wäre, Elsaß-Lothringen die vollen Verfassungsrechte zu erringen, womit dieser Paragraph ja auch seine Erledigung gefunden hätte. Die Verhältnisse gestalteten sich nicht. Liebt es mir, daß ich ihn bis jetzt nicht gegen Elsaß-Lothringen habe anwenden müssen, denn die beiden ausgewiesenen Sozialisten sind seitens des Rheines geboren. Daß ich aber die mir verliehene Macht vollkommenheit anwende, um dieses Land, in dem eine Religion und Gesetz ehrende Bevölkerung wohnt, in dem das Verhältniß von Arbeitgebern zu Arbeitern als Muster für Europa hingestellt werden kann, daß ich dieses von Gott reichgezeichnete Elsaß-Lothringen vor dem Gifte des Sozialismus schütze und mich nicht in dem Gebanten beruhige, daß vorläufig kein Boden für dessen Umfahrungen vorhanden sei, dafür bedarf es keiner Erläuterung, das versteht das Land ohne solche. Die Unterdrückung eines Journals bedarf aber der Erläuterung und die muß ich ausführlich geben. Die „Presse von Elsaß-Lothringen“ hatte von ihrem Erscheinen an eine Oppositionsstellung gegen die Regierung eingenommen, aber wäre das nicht gestattet, so gäbe es keine Pressefreiheit. So wenig objektiv gehalten und so agitierend viele Artikel waren von der Kluff, die zwischen ihm und dem kaiserlichen Statthalter bestanden, so blieben dieselben von der Regierung noch unbeachtet. Aber bald begann das Blatt, die Interessen des Auslandes zu vertreten und rief die längst ererbte Protektionsfrage wieder ins Leben. Wie liegt diese Protektionsfrage? Es ist bekannt, Thatsache, daß, als Elsaß-Lothringen zum ersten Male Abgetrennte in den Reichstag sandte, diese gewissermaßen Protest gegen die Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Deutschland erhoben und den Antrag stellten, die Bevölkerung darüber zu befragen. Kaiser Napoleon III. hatte in den von Italien an Frankreich abgetretenen Departements die Bevölkerung abstimmen lassen, aber diese Departements waren nicht mit den Waffen einem Gegner abgenommen gewesen. Unden waren der Preis für die Unterstüßung eines Bundesgenossen. König Ludwig XVI. Kaiser Napoleon I. um bei französischen Bedingungen zu bleiben, haben die Theorie nie anerkannt, und so lange es Weltgeschichte gibt, haben die Feldschlachten über die Geschichte der Völker entchieden. Doch habe ich es immer begriffen, daß jene Männer alles versuchten, um bei ihrem näheren Vaterlande zu bleiben und somit auch auf jene Thatsachen stützten. Der Reichstag hat sie aber nicht anerkannt und kein Staat Europas hat das Wort für deren Gültigkeit ergriffen. Diese Annahmestheorie ist eben noch nicht Völkrecht geworden. Hiermit war diese Protektionsfrage abgemacht und tot. Jedemoch gerichte die „Presse von Elsaß und Lothringen“ sich immer mehr als Organ einer sogenannten Protestpartei und erhob in dem Artikel vom 6. September einen Protest gegen die Rechtsbeständigkeit des Frankfurter Friedens. Ich erkenne die Rechtsbeständigkeit einer Partei im Reichslande nicht an, die gegen die Rechtsbeständigkeit des Frankfurter Friedens protestiert, und ein Blatt, das diesen Protest im Reichslande selbst druckt, begeht Hohn gegen Kaiser und Reich, deren Autorität ich hier vertrete. Wolke ich das dulden, ich könnte das Haupt nicht mehr hochtragen in der Armee, in der ich großgezogen bin. Ich habe das Blatt unterdrückt und angeordnet, daß keine zweite Nummer eines Blattes tendenz vertretenden Blattes erscheint. Von einem Einschnitt in die Pressefreiheit war hier nicht die Rede, es handelte sich einfach um eine Frage des Anstandes! Ich wiederhole, daß es nur die politische Nothwendigkeit gewesen ist, die mich zu diesen drei Maßnahmen gezwungen und daß sie mir wahrhaft schwer gemorben sind. Auf das Programm der Veröhnung und Schonung der Gefühle, das bisher die Richtschnur meines Handelns gewesen, haben sie keinen Einfluß und Se. Majestät der Kaiser hat in der mir gegebenen und Ihnen im vorigen Jahre mitgetheilten Instruktion seine Genehmigung eintreten lassen, eifriger als je werde ich ihr nachkommen. Denn

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 6. Dezember. (Schluß-Course.) Fest. Lomb. Wechsel 20.425, Pariser do. 80.975, Wiener do. 172.10, R.-M. St.-A. — Rheinische do. —, Hess. Ludwigsh. 99, R.-M.-Pr.-Anth. 129, Reichsanl. 101, Reichsbank 150, Darmst. 171, Meiningen 104, Ost.-ung. W. 719.50, Kreditaktien 163, Silberrente 67, Papierrente 66, Goldrente 81, Ung. Goldrente 78, 1860er Loose 125, 1864er Loose 334.00, Ung. Staatsl. 240.80, do. Ost.-Obl. II. 93, Böhm. Westbahn 280, Elisabethb. —, Nordwestbahn 201, Galizier 270, Franzosen 289, Lombarden 135, Italiener 89, 1877er Russen 90, 1880er Russen 73, II. Orientanl. 59, Zentr.-Pacific 111, Disconto-Kommandit —, III. Orientanl. 60, Wiener Bankverein 120, ungarische Papierrente —, Buschthaber —, Junge Dresdner —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 316, Franzosen 289, Galizier 289, Lombarden 135, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

Wien, 6. Dezember. (Schluß-Course.) Sehr fest. Kreditaktien lebhaft auf das Gerücht vom Abschluß des türkischen Tabakgeschäfts. Nordbahn haussierend.

Papierrente 77.40, Silberrente 78.20, österr. Goldrente 94.00, ungarische Goldrente 119.40, 1854er Loose 122.70, 1860er Loose 133.00, 1864er Loose 173.00, Kreditloose 183.20, Ungar. Prämienl. 126.00, Kreditaktien 367.80, Franzosen 334.00, Lombarden 156.00, Galizier 311.00, Rajsch.-Oderb. 149.00, Pardubitzer 166.50, Nordwestbahn 234.50, Elisabethbahn 218.00, Nordbahn 244.50, Desterreich-ungar. Bank —, Türk. Loose —, Unionbank 144.00, Anglo-Austr. 154.50, Wiener Bankverein 140.70, Ungar. Kredit 364.25, Deutsche Plätze 58.05, Londoner Wechsel 118.75, Pariser do. 47.05, Amsterdam do. 97.80, Napo. eons. 9.40, Dufaten 5.57, Silber 100.00, Marknoten 58.07, Russische Banknoten 1.24, Lemberg-Gernowik —, Kronpr.-Rudolf 172.70, Franz-Josef —, Dux-Bodenbach —, Böhm. Westbahn 325.00.

4prozent. ungar. Bodenredit-Pfandbriefe —, Elbthal 255.70, ungarische Papierrente 90.55, ungar. Goldrente 90.60, Buschthaber B. 190.50, Ung. Präm. —, Escompte —.

Paris, 6. Dezember. (Schluß-Course.) Ruhig. 3proz. amortis. Rente 86.40, 3proz. Rente 85.85, Anleihe de 1872 115.65, Italien. 5proz. Rente 91.10, Desterreich. Goldrente 80, 6proz. ungar. Goldrente 104, 4proz. ungar. Goldrente 79, 5proz. Russen de 1877 93, Franzosen 717.50, Lombardische Eisenbahn-Aktien 332.50, Lomb. Prioritäten 285.09, Türken de 1865 14.12, Türkenloose 55.00, III. Orientanleihe 60.

Credit mobilier 760.00, Spanien ext. 31, do. inter. —, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 760.00, Societe gen. —, Credit foncier 1825.00, Egypter 368.00, Banque de Paris 1330, Banque d'escompte 883.00, Banque hypothecaire —, III. Orientanleihe —, Londoner Wechsel 25.21, 5proz. Rumänische Anleihe —.

Florenz, 6. Dezember. 5pSt. Italien. Rente 92.80, Gold 20.44, Petersburg, 6. Dezember. Wechsel auf London 25, II. Orientanleihe 90, III. Orientanleihe 90.

London, 6. Dezbr. Schwächer. Consols 99, Stal. 5proz. Rente 90, Lombard. 13, 3proz. Lombarden alte 11, 3proz. do. neue 11, 5proz. Russen de 1871 88, 5proz. Russen de 1872 88, 5proz. Russen de 1873 88, 5proz. Türken de 1865 13, 3proz. fundirte Amerikaner 105, Dester. Silberrente —, do. Papierrente —, ungarische Goldrente —, Dester. Goldrente 80, Spanien 3, Egypter 72, 4proz. preuß. Consols —, 4proz. bar. Anleihe —, 4proz. ungar. Goldrente 77, Silber —.

Platzdiscont 4 pSt. Wechselnotungen: Deutsche Plätze 20.72, Wien 12.00, Paris 25.57, Petersburg 24.

Newyork, 5. Dezember. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94, Wechsel auf London 4.80, Wechsel auf Paris 5.24, 3proz. fundirte Anleihe 102, 4proz. fundirte Anleihe von 1877 118, Erie-Bahn 45, Zentral-Pacific 115, Newyork Zentralbahn 137, Chicago-Eisenbahn 140, Cable Transfers 4.84.

Geld für Regierungssicherheiten 5 Prozent, für andere Sicherheiten 6 Prozent und 1/2 per diem.

Produkten-Course.

Bremen, 6. Dezember. Petroleum a. (Schlußbericht.) Steig. Standard white loco 7.25 bez., per Januar 7.35 bez., per Februar 7.50 bez., per März 7.55 bez., per April-Dezember 8.25 bez.

Hamburg, 6. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine rubig. Roggen loco rubig und auf Termine fest. Weizen per Dezember 230.00 Br., 229.00 Gd., per April-Mai 231.00 Br., 229.00 Gd., Roggen per Dezember 180.00 Br., 179.00 Gd., per April-Mai 164.00 Br., 163.00 Gd. — Hafer ruh. Gerste ruh. — Mühl rubig, loco 58.00, per Mai 58.50, — Spiritus still, per Dezember 43 Br., per Januar-Februar 42 Br., per Februar-März 42 Br., April-Mai 42 Br. — Raffee matt, Umsatz 2000 Sac. — Petroleum bef., Standard white loco 7.30 Br., 7.20 Gd., per Dezember 7.20 Gd., per Januar-März 7.75 Gd. — Wetter: Feucht.

Pest, 6. Dezember. (Produktenmarkt.) Weizen loco fest, auf Termine fester, per Frühjahr 12.38 Gd., 12.40 Br. — Hafer per Frühjahr 8.27 Gd., 8.30 Br. — Mais per Mai-Juni 7.14 Gd., 7.17 Br. — Wetter: Trübe.

London, 6. Dezember. An der Rüste angeboten 10 Weizenladungen. Wetter: Frachtwetter.

London, 6. Dez. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 26. Novbr. bis 2. Dezember: Englischer Weizen 6111, fremder 40,430, engl. Gerste 5337, fremde 4302, engl. Malzgerste 15,963, fremde —, engl. Hafer 3503, fremder 54,338 Dts. Englisches Mehl 19,765 fremdes 4067 Sac.

Glasgow, 6. Dezember. Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 8161 gegen 9452 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Manchester, 6. Dezember. 12r Water Armitage 7, 12r Water Taylor 8, 20r Water Nicholls 9, 30r Water Gidlow —, 30r Water Clayton 10, 32r Water Townhead 9, 40r Water Mayall 9, 40r Medio Wilmson 11, 36r Watercopps Qualität Romland 10, 40r Duble Weston 11, 60r Duble courante Dual 14, Printers 11 1/2 8 1/2 pSt. Ruhig.

Amsterdam, 6. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen per März 309, Roggen pr. März 204, per Mai 196.

Petersburg, 6. Dezember. Produktenmarkt. Talg loco 58.00, per August 58.00, Weizen loco 15.75, Roggen loco 11.00, Hafer loco 5.25, — Vant loco 31.00, Weinsaat (9 Pud) loco 13.75. — Wetter: Veränderlich.

Rio de Janeiro, 5. Dezember. Wechselcours auf London 22, do. auf Paris 428. — Tendenz des Kaffeemarktes: Schwach. Preis für good first 4200 a 4350. Durchschnittliche Tageszufuhr 9750 Sac. Zufuhr nach Nordamerika 10,000 Sac, do. nach dem Kanal und Nord-Europa 18,000 Sac, do. nach dem Mittelmeere 2250. Borrath von Raffee in Rio 337,000 Sac.

Newyork, 5. Dezbr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12, do. in New-Orleans 11, Petroleum in Newyork 7 1/2 Gd., in Philadelphia 7 Gd., rohes Petroleum 6 1/2, do. Pipe line Certificated — D. 86 C. Mehl 5 D. 25 C. Rother Winterweizen loco 1 D. 43 1/2 C. Weizen per laufenden Monat 1 D. 42 1/2 C., do. per Januar 1 D. 45 1/2 C., do. per Februar 1 D. 48 1/2 C. Mais (old mixed) 72 C. Zuder (Fair refining Muscovados) 7, Raffee (Rio) 10, Schmalz (Marle Wilcox) 11, do. Fairbanks 11, do. Rohe u. Brothers 11, Speck (short clear) 9 1/2 C. Getreidefracht 4.

Newyork, 5. Dezember. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach England 87,000, do. nach dem Kontinent 40,000, do. von Kalifornien und Oregon nach England 175,000 Dts.

freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen zu erhalten und noch zu befestigen und so Beziehungen zwischen beiden Nationen auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens, dieser Bedingung für eine befriedigende Lösung der schwebenden Fragen und für eine gedeihliche Entwicklung beider Reiche auf dem friedlichen Wege des Fortschritts herzustellen.

Konstantinopel, 5. Dezember. In einer Versammlung der Dragomans wurde das von der Pforte angeordnete Ceremoniell betreffs der Konsuln als den Kapitulationen und Verträgen widersprechend einstimmig abgelehnt. Die Botschafter werden demnächst eine bezügliche Kollektionsnote an die Pforte richten. — Der Justizminister befahl den Gouverneuren, Verbrechen und Vergehen von Ausländern gegen Ausländer vor die türkischen Gerichte zu bringen. Dieser den Kapitulationen absolut widersprechende Befehl wird einen Kollektivprotest der Botschafter veranlassen.

Konstantinopel, 6. Dezember. Gestern fand die letzte Sitzung der Delegirten der Bondholders statt. In derselben nahmen die türkischen Kommissare endgiltig das Amendement Balfrey's an, wonach die Tabaksregie prinzipiell zugestanden und die Vertheilung der Reineinnahmen aus der Tabaksregie zwischen der Pforte, den Inhabern türkischer Schuldtitel und den KonzeSSIONÄren nach einem später zu taxirenden Verhältnisse ausgedrückt wird. Sodann verlas der türkische Delegirte den vorgeschriebenen Traktat, welcher angenommen wurde und am Sonntag dem Ministerrath unterbreitet werden wird.

Bukarest, 5. Dezember. [Deputirtenkammer.] In Beantwortung einer an die Regierung gerichteten Interpellation über die rumänischen Unterthanen in Bulgarien, welchen der Gebrauch der rumänischen Sprache im Unterricht und in der Kirche entzogen werde, erklärte der Ministerpräsident Bratiano, daß Rumänien in Bulgarien keine Unterthanen, sondern nur Stammesgenossen habe. Die Interpellation wurde hierauf zurückgezogen.

Washington, 5. Dezember. Der Kongress ist heute zusammengetreten, die Repräsentantenkammer hat mit einer Majorität von 5 Stimmen den Republikaner Kaiser zum Sprecher gewählt. Im Senate wurde von Sherman eine Vorlage eingebracht, welche lediglich zum Zwecke der Amortisirung der 3 1/2prozentigen Obligationen, die Regierung zur Emission 3prozent. Obligationen bis zum Betrage von 300 Mill. Dollars ermächtigt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp.
Stunde	(Gr. rebus. in mm. 82 m Seeshöhe)			(Cels. Grad.)
6. Nachm. 2	763.8	D schwach	bedeckt	-0.5
6. Abnds. 10	764.8	SD schwach	bedeckt	0.0
7. Morgs. 6	761.7	SD schwach	bedeckt	+1.1
Am 6. Wärme-Maximum + 2.0° Cels.				
= Wärme-Minimum - 3.4° Cels.				

Wetterbericht vom 6. Dezember, 8 Uhr Morgens.

Ort	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. rebus. in mm.	Wind	Wetter	Temp. (Cels. Grad.)
Mullaghmore	—	—	—	—
Aberdeen	761	S	1 heiter	3
Christiansund	757	SSD	2 bedeckt	7
Kopenhagen	759	SSW	2 Nebel	2
Stockholm	768	SW	2 bedeckt	2
Haparanda	767	SD	2 Nebel	-5
Petersburg	—	—	—	—
Moskau	766	SSW	1 bedeckt	-4
Cork, Queenst.	755	S	8 Regen	10
Brest	769	SW	4 bedeckt	11
Heider	768	WSW	1 heiter	6
Salt	767	SSW	3 Regen	3
Hamburg	769	SD	2 Nebel	1
Emmenünde	771	S	1 bedeckt	0
Neufahrwasser	772	SW	1 bedeckt	0
Memel	770	SSD	1 bedeckt	0
Paris	772	WSW	1 wolkenlos	5
Minster	768	still	1 Nebel	2
Karlsruhe	772	SW	2 bedeckt	3
Wiesbaden	770	SW	1 Regen	3
München	772	W	3 Dunst	-1
Leipzig	771	SSW	1 Nebel	1
Berlin	770	D	1 bedeckt	2
Wien	772	still	1 Nebel	-0
Breslau	772	SW	1 bedeckt	-0
Ne d'Wit	773	ONO	2 Dunst	5
Riga	770	N	3 Dunst	6
Triest	772	still	1 bedeckt	6

1) Grobe See. 2) Regen und Schnee Nachts.

Skala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = harter Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nord-Europa, 2. Küstengebiet von Island bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Süd-Europa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Uebersicht der Witterung.

Ueber Zentral-Europa dauert bei hohem und gleichmäßig vertheiltem Luftdruck das ruhige, meist trübe, vielfach neblige Wetter ohne erhebliche Niederschläge und Aenderung der Temperatur fort, indessen ist im Westen der britischen Inseln eine Depression erschienen, welche in Süd-England bei rapid fallendem Barometer stürmische südliche Winde mit Regenwetter verursacht. Das Frostgebiet erstreckt sich westwärts bis zur Linie Friedrichshafen-Riga, insbesondere in Ost-Ungarn herrscht intensive Kälte.

Deutsche Seemarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 6. Dezember Morgens	1.30 Meter.
" " 6. " Mittags	1.30 " "
" " 7. " Morgens	1.26 " "

In den zwei Jahren meines Hierseins habe ich Land und Leute lieb gewonnen und bin viel mehr mit dem Herzen theilhaftig, als in den ersten Jahren. Zum Schluß wiederhole ich die Bitte, die ich Ihnen, geehrte Herren, aussprach, als ich das erste Mal die Ehre hatte, Sie an meiner Tafel zu sehen. Es ist die, daß wir in der schweren Uebergangsperiode, in der Elsaß-Lothringen sich befindet, offen und ehrlich zusammen halten und das Schwere uns gegenseitig tragen helfen. Gegenwärtig Sie sich stets das Schwierige meiner Stellung und seien Sie versichert, daß ich all mein Sinnen und Vermögen anstrengen werde, mich in Ihre Gefühle und Interessen hinein zu denken und Ihnen gerecht zu werden. Das Ziel meines Handelns bleibt, Elsaß-Lothringen die verfassungsmäßige Gleichberechtigung mit den anderen deutschen Staaten zu erringen. Ohne Ihre und des Landes Mitwirkung vermag ich es nicht. Ich bitte um Ihre Unterstützung. Auch die gegenwärtige Session des Landesausschusses ist von bedeutungsvoller Wichtigkeit. Drücken Sie ihren Verhandlungen durch Gebiegenheit, Objektivität und freimüthige Erörterung der Interessen des Landes den patriotischen Charakter wieder auf, der Ihre frühere Thätigkeit auszeichnete. Und nun bitte ich Sie, geehrte Herren, mit mir auf das Wohl von Elsaß-Lothringen zu trinken. Elsaß-Lothringen hoch und hoch und nochmals hoch!

Dresden, 6. Dezember. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer setzte der Minister des Innern, von Nothz-Ballwitz, auseinander, daß gegenwärtig wenig Aussicht auf eine Aenderung des Unterstützungs-Wohnsitz-Gesetzes vorhanden sei und daß es bis dahin nützlich sein werde, das Landarmenwesen zu begrenzten und auf die Bezirksverbände zu übertragen. Der Minister schloß, indem er auf eine bezügliche Aeußerung des Abg. Matthes einging, seine Erklärung folgendermaßen: Daß wir nicht gut thun würden, eine allgemeine Reichsinvalidenklasse ins Leben zu rufen, darüber bin ich mit dem Herrn Abgeordneten einverstanden, aber daß der Gedanke überhaupt aufgeworfen wird, was wir thun können, um den Aelteren und Bedürftigeren unter uns, die nicht mehr arbeiten können, ein gesünderes Loos zu schaffen, als bisher möglich gewesen; — daß man den Gedanken aufgeworfen, daß auch die Gesetzgebung sich mit der Lösung dieses Problems zu beschäftigen haben wird — das halte ich nicht für einen Nachtheil, sondern für einen großen Vortheil. Ich glaube, daß die besten Kräfte und die tüchtigsten Männer unserer und der künftigen Zeit sich mit diesem Problem beschäftigen werden und sich zu beschäftigen haben werden, und daß man überhaupt den Gedanken aufgeworfen, daß die Lösung dieses Problems mit zu den Gegenständen der Arbeit der gesetzgebenden Faktoren gemacht werden muß, das halte ich für eine der besten Blüten der Entwicklung der Jetztzeit, für eine Blüthe, die für manche unangenehme Erfahrung uns trosten kann. (Wiederholt.)

Elberfeld, 6. Dezember. Laut der „Elberfelder Zeitung“ ist auf das am 29. v. M. seitens des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen an den Fürsten Reichskanzler abgesandte Telegramm das folgende an den Vorsitzenden des Vereins, Herrn Mulvany, gerichtete Schreiben eingelaufen:

„Berlin, 3. Dezember. Es hat mich gefreut, aus Eurer Wohlgebornen gefälligen Telegramm zu erfahren, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Rheinprovinz und Westfalen sich gebessert haben, und insbesondere die Lage der Arbeiter in Folge höherer Löhne und vermehrter Arbeit eine günstigere geworden ist. In Uebereinstimmung mit Eurer Wohlgebornen sehe ich in dieser Erscheinung Folgen unserer politischen Wirtschaftspolitik und den sicheren Beweis dafür, daß die Ursachen des wirtschaftlichen Rückganges, unter welchem wir in den letzten 10 Jahren vor der Zollreform gelitten haben, von den verbündeten Regierungen und dem damaligen Reichstage bei Annahme des neuen Zolltarifs richtig erkannt worden sind. Indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß die Erwartungen, die sich an diese Reform knüpfen, wie bisher, so auch in Zukunft sich bestätigen werden, danke ich Eurer Wohlgebornen und aller an dem Telegramm vom 29. v. M. theilhaftigen Herren verbindlichst.

v. Bismarck.“

Wien, 6. Dezember. Abgeordnetenhaus. Der Bericht der Majorität, Graf Hohenwart, erstattete mündlichen Bericht, in welchem ausgeführt wird, daß der nach der Geschäftsordnung niedergelegte Auspruch in der Aeußerung des Justizministers Praxal vom 3. d., in welcher dieser die Unterzeichner des Manifestes der deutsch-böhmischen Abgeordneten als Gesetzesübertreter bezeichnete, keinen Anlaß zur Mißbilligung finde und beantrage, den Bericht zur Kenntniß zu nehmen. Nach längerer Debatte, in welcher Kronawetter sich gegen den Minoritätsantrag, dem Minister Praxal die Mißbilligung des Hauses auszusprechen, wendete, weil keine Beleidigung, sondern nur der Vorwurf einer politisch strafbaren Handlung vorliege, wurde der Minoritätsantrag mit 161 gegen 113 Stimmen abgelehnt. Die deutsch-böhmischen Abgeordneten hatten vorher den Saal verlassen.

Wien, 6. Dezember. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Enthebung des bisherigen Vizegouverneurs der österreichisch-ungarischen Bank, v. Lucam, unter erneuerter Anerkennung seiner um das Bankinstitut erworbenen Verdienste. Gleichzeitig veröffentlicht die „Wiener Zeitung“ die Ernennung des bisherigen Generalraths Zimmermann v. Gölheim zum Vizegouverneur der österreichisch-ungarischen Bank mit dem Vorste in der Direktion zu Wien.

Saag, 5. Dezember. Der Minister der Kolonien erklärte in der heutigen Kammer Sitzung, die englische Regierung habe offiziell die der Nord-Borneo-Kompagnie ertheilte Konzession mitgetheilt. Die englische Regierung nehme darin keinerlei Souveränitätsrechte über Borneo in Anspruch und stelle nur die Ernennung von englischen Konsuln auf dem der Kompagnie gebührenden Gebiete in Aussicht. Die Kompagnie verwalte ihr Territorium unter der Souveränität der Sultane von Brunei und Soloo, welchen sie eine jährliche Kontribution zahlen werde.

Petersburg, 6. Dezember. Graf Kalnoy ist gestern von hier abgereist. — Das „Journal de St. Pétersbourg“ giebt dem Souverän über die Abreise des Grafen Kalnoy, welcher seinen Posten bei dem kaiserlich russischen Hofe so würdig vertreten und so viel dazu beigetragen habe, die Bande der Freundschaft zwischen beiden Kaiserreichen enger zu knüpfen, Ausdruck und sagt: Wir sind überzeugt, daß Graf Kalnoy auf den neuen Posten eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Desterreich-Ungarns berufen ist, um das gute Einvernehmen und die

Produkten-Börse.

Berlin, 6. Dezember. Wind: SW. Wetter: Trübe.
Weizen per 1000 Kilo loco — M. nach Qualität ge-
fordert, fein gelb — M. ab Bahn bezahlt, bester Poln. — Markt
ab Bahn, per Dezember 224—225½ bez., per Januar-
Januar — Markt bezahlt, per Januar-Februar — Markt bezahlt,
per Februar-März — Markt bezahlt, per März-Juni 227—228 M. bez.,
per April-Mai 226—227½ M. bez., per Januar-Februar — Markt
bezahlt, Gefündigt 29000 Str. Regulirungspreis 223 Markt.
Koggen per 1000 Kilo loco 182—188 Markt nach Qua-
lität gefordert, neu inländischer 183—186 ab Bahn bezahlt, hochfeiner
187 M. ab B. bez., klammer — M., ab Bahn bez., alter do.
— Markt ab B. bezahlt, russischer — Markt a. R. bezahlt, feiner
— Markt ab Bahn bezahlt, defekter — Markt ab Bahn bezahlt
per Dezember 183½—182—182½ bezahlt, per Dezember-Januar
179½—178½ bezahlt, per Januar-Februar — Markt bezahlt, per
April-Mai 171½—170½ M. bez., per März-Juni 169—168 Markt bez.,
Gefündigt — Zentner. — Regulirungspreis — Markt. — Gerste
per 1000 Kilo loco 145—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer
per 1000 Kilo loco 140—173 M. nach Qualität gefordert, russischer 142
bis 150 bezahlt, oft- und weipreussischer 145—157 bezahlt, pom-
merischer und Udermärker 149—155 bezahlt, schlesischer 150—157
bez., böhmischer 150—157 Markt bezahlt, fein weiß mecklenburger
— Markt ab B. bezahlt, per Dezember 146 Markt bezahlt, per
Dez-Januar — Markt, per April-Mai 149 M., per März-Juni 149½
M., bez. Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — Markt.
Erbsen per 1000 Kilo Roggenware 175—215 M., Futterware 174 bis
173 M. — Mais per 1000 Kilo loco 148,154 nach Qualität
gefordert, per Dezember 148½ Markt, per April-Mai 140½ Markt,
per März-Juni 138—138½ Markt. Gefündigt — Zentner. Regulirungs-

preis — M. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00:
32,50—31,00 Markt, 0: 30,00—29,00 M. 0/1: 29,00—28,00 Markt.
— Roggenmehl inf. Sack 0: 26,50 bis 25,50 Markt, 0/1:
25,00—24,00 Markt, per Dezember 24,40 Markt bez., per Dezember-
Januar 24,10—24,00 bez., per Januar-Februar 23,90—23,80 bez., Febr.-
März 23,80—23,70 bezahlt, April-Mai 23,30—23,20 bezahlt, per März-
Juni 22,80 Markt bez., per Juni-Juli — bez. Gefündigt — Ztr. Regu-
lirungspreis — Markt. — Delfaat 1000 Kilo Wintertraps — M.,
Wintertraps — Markt. — Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Fass 56,7
M., mit Fass 57,0 Markt, per Dezember 57,2 M. bezahlt, per
Dezember-Januar 57,1 Markt bezahlt, per Januar-Februar —
Markt bezahlt, per Februar-März — Markt bezahlt, per März-
April — bezahlt, per April-Mai 57,8 M. bez., per März-Juni 58,0
Markt. Gefündigt — Ztr. Regulirungspreis — Markt. — Leinöl
100 Kilo loco — M. — Petroleum per 100 Kilo loco 24,6 M.,
per Dezember 24,2 Markt bezahlt, per Dezember-Januar 24,7
Markt bez., per Januar-Februar 24,9—25,0 bez., per Februar-
März — bezahlt, per April-Mai — bez., per März-Juni — bezahlt.
Gefündigt 200 Zentner. Regulirungspreis 24,0 M. — Spiritus
per 100 Liter loco ohne Fass 49,0—48,8 bezahlt, per Dezember
50,4—49,8 Markt bezahlt, per Dezember-Januar 50,2—49,7
bezahlt, per Januar-Februar 50,2—49,7 bezahlt, per Februar-
März — Markt bez., per März-April — bezahlt, per April-Mai 51,3
bis 50,8 bezahlt, per März-Juni 51,5—51,0 Markt bez., per Juni-Juli
52,2—51,9 Markt bez. Gefündigt 60,000 Liter. Regulirungspreis.
50,1 M. (B. B. 3.)

Stettin, 6. Dezember. [An der Börse.] Wetter: Trübe,
+ 2 Gr. R. Barom. 28,5. Wind: SW.
Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loco selber inf. 210 bis
226 M., geringer 195—208 Markt, weißer 215—228 M., per April-
Mai 228,8 Markt bez., per März-Juni 229 Markt Br., inländischer

— M. bez. — Roggen wenig verändert, loco schwer veräußlich, per
1000 Kilo loco inländischer 174—181 Markt, Sibauer Ablaßung
— M. cf. tr. bez., — Markt Br. und Gb., per Dezember 181,5
bis 179,5—180,5 Markt bez., per Dezember-Januar — Markt Br. u.
Gb., per April-Mai 169,5—170,5—170 M. bez., per März-Juni 168
bis 167,5 M. bez. — Gerste flau, per 1000 Kilo loco Brau- 154 bis
160 Markt, Futtergerste 130—142 Markt, geringere — Markt, schlesischer
— Markt. — Hafer matt, per 1000 Kilo loco neuer inländischer
— Markt, neuer pommerischer 140 bis 152 M., russischer — Markt.
Schwedischer — Markt bez. — Erbsen ruhig, per 1000 Kilo loco
Roch- 174—190 M., Futter- 160—170 Markt. — Mais ohne Handel,
per 1000 Kilo loco Amerik. — Markt bez., per Dezember — Markt,
per April-Mai — Markt Br. — Wintertraps flüßig, per 1000 Kilo
nom., per Dezember — Markt, per Dezember-Januar — Markt, per
Januar-Februar — Markt bezahlt, per April-Mai 272 M. Br. —
Rübsöl matt, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten 57,5 M.
Br., per Dezember 55,5 M. Br., kurze Lieferung 56 M. Br., 55,5 M.
Gb., per Dezember-Januar — Markt Br., per Januar-Februar 56 Markt
Br., per April-Mai 57 Markt bez., per März-Juni — Markt Br. —
Wintertraps per 1000 Kilo loco — Markt Br. — Spiritus
matt, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 48,5 M. bezahlt, per
Fass — Markt bez., kurze Lieferung mit Fass — Markt bez., per
Dezember-Januar 49,8 Markt bez., per April-Mai 51—50,8 M.
bz., Br. u. Gb., per März-Juni 51,5—51,3 Markt bez. und
per Juni-Juli 52 Markt bez., Br. u. Gb. — Angemeßel: Regulirungs-
preise: Roggen 180,5 M., Rübsöl 55,5 M., Spiritus 49,8 M., Hafer
— Markt. Weizen — Markt tr., per Dezember — Markt tr. bezahlt.
Petroleum fester, loco 8 Markt tr. bei Variation bez., bei Klein-
keiten 8,1 M. tr. bez., Regulirungspreis 8,1 M. — Schmalz, Wilcox
58—58,2 M. tr. bez., Farbanf 58 M. tr. bez. (Office-3ta.)

Berlin, 6. Dezember. Die Börse zeigte auch heute eine sehr feste
Physiognomie, und es schien besonders anfangs, als ob sich wiederum
ein recht animirtes Geschäft entwickeln werde; dies war aber nicht so
ganz der Fall. Am Spekulationsmarkte entfaltete der Verkehr aller-
dings eine ziemlich rege Lebhaftigkeit, am Kassamarkte lag dagegen das
Geschäft um so mehr darnieder. Aus Wien waren höhere Notirungen
gemeldet und darauf hin bewegten sich die österreichischen Arbitrage-
werthe auch hier in steigender Richtung bei ziemlich umfangreichen Um-
sätzen. Bevorzugt waren ferner die Aktien der österreichischen Eisenbahn-
unternehmungen und in erster Linie gilt das von den Dux- und Boden-

bachern, Salziern und österreichischen Nordwestbahn. Dagegen hatte
sich die Vorliebe, mit welcher man sich in der letzten Zeit wieder den
inländischen Eisenbahntiteln zuwandte, eine gewisse Abkühlung erfahren,
da die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“, die Verstaatlichung der
Berlin-Hamburger Bahn betreffend, etwas verstimmt hatte. Marien-
burger setzten mit 76½ ein, da man wissen wollte, daß die im Novem-
ber erzielte Mehreinnahme sich auf 48,000 Markt bezifferte; die No-
vembererinnahme der Ostpreussischen Südbahn ward im allgemeinen
günstig beurtheilt. Bankaktien waren fest, verhielten sich jedoch ruhiger,
die sogenannten schweren Bankaktien werden gern gekauft und sind

dauernd in gutem Begehr, ohne daß das aber eine allzu große Kurse-
steigerung mit sich bringt. Industriefaktien bleiben verhältnißmäßig
vernachlässigt und ein lebhafter Verkehr fand nur in den spekulationen
Montanwerthen statt. Anlageeffekten blieben nach wie vor fast ganz
unberührt. — Per Ultimo notiren: Franzosen 577—576—580,
Sombarden 270—271,50, Kreditaktien 634,50—634—638, Wiener Bank-
verein 243—244, Darmstädter Bank 171,10—171—171,90, Disconto-
Kommandit-Antheile 226,60—228, Deutsche Bank 166,25—166—166,70,
Nordmunder Union 107,90—108,40, 108,25, Laurahütte 130,75—130,90,
bis 130,30. — Der Schluß war fest. Privatdiskont 4½ pSt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 6. Dezember 1881.

Preussische Fonds- und Geld-
Cours.

Preuss. Cons. Anl.	105,60 B
do. neue 1876	101,00 B
Staats-Anleihe	100,60 B
Staats-Schuld.	99,00 B
Ob.-Deich.-Dbl.	101,75 B
Berl. Stadt-Dbl.	100,60 B
do.	95,70 B
Schulv. d. B. Rm.	108,00 B
Handbriefe:	
Berliner	103,80 B
do.	100,10 B
Rur. u. Neumärk.	95,25 B
do. neue	91,10 B
do.	100,60 B
do. neue	90,50 B
A. Brandbg. Kreb.	100,10 B
Ostpreussische	91,00 B
do.	101,70 B
do.	100,00 B
do. II. Serie	103,75 B
Reichs. II. Serie	103,75 B
do.	100,20 B
Börsen. neue	100,75 B
Sächsische	90,25 B
Preussische	100,50 B
do.	101,25 B
Schlesische alt.	16,21 B
do. alte A.	4,22 B
do. neue I.	16,67 B
Kontenbriefe:	
Rur. u. Neumärk.	183,30 B
Pommerische	20,445 B
Börsen.	60,90 B
Preussische	172,25 B
Rhein- u. Westf.	214,55 B
Sächsische	57,10 B
Schlesische	14,50 B

Amst. 120,5	108,00 B
do. II. IV.	104,75 B
Amst. III. r.	100,50 B
Pr. Cons. Anl.	110,00 B
do. do.	110,50 B
do. do.	106,50 B
Pr. Cons. Anl.	105,10 B
do. do. rück.	102,90 B
do. (1872 u. 74)	102,90 B
do. (1872 u. 73)	102,90 B
do. (1874)	102,90 B
Pr. Cons. Anl.	105,75 B
do. II. r.	100,20 B
Schles. Bod.-Kred.	103,50 B
do. do.	103,60 B
Stettiner Nat.-G.	100,25 B
do. do.	103,25 B
Kruppsche Obligat.	109,75 B

Bank- u. Kredit-Aktien.	
Bank für Sozialw.	115,50 B
Bl. f. Rhein- u. Westf.	39,00 B
Bl. f. Sprit- u. Br.	67,90 B
Verl. Handels-Ges.	123,75 B
do. Kassenscheine	209,50 B
Breslauer Dis.-B.	101,90 B
Centralb. f. B.	101,90 B
Centralb. f. S. u. P.	101,90 B
Schulder Credit-B.	90,20 B
Öst. Reichsbank	98,00 B
Danziger Privatb.	110,00 B
Darmstädter Bank	171,25 B
do. do.	110,90 B
Deutsche Bank	165,75 B
do. Genossensch.	134,50 B
do. Hyp.-Bank	90,50 B
do. Reichsbank	150,40 B
Disconto-Ges.	227,00 B
Gerar Bank	94,60 B
do. Handelsb.	94,25 B
Gothaer Wiss.-B.	117,00 B
do. Grundtr.	98,25 B
Guthrie (Hamb.)	98,25 B
Hamburg. Mercant.	164,00 B
Leipziger Creditb.	118,50 B
do. Disconto.	117,00 B
Magdeburg. Privatb.	61,00 B
Meiss. Bodenkred.	98,00 B
do. Hypoth.-B.	104,75 B
Reichs. Creditb.	93,50 B
do. Hypothek.-B.	97,25 B
Norddeutsche Bank	192,10 B
Nordb. Grundtr.	49,50 B
Defferr. Kredit	103,75 B
Petersb. Internat.	80,00 B
Rhein. Landwirtsch.	127,00 B
Polener Privatb.	58,00 B
Preuss. Bank-Anst.	114,00 B
do. Bodenkred.	124,00 B
do. Centralb.	94,00 B
do. Hyp.-Spielb.	76,50 B
Preuss. Handelsb.	126,75 B
Schles. Bodenkred.	94,10 B
Schles. Bankverein	113,75 B
Schles. Bodenkred.	142,10 B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.	
Aachen-Mairisch	47,75 B
Altona-Kiel	198,00 B
Bergisch-Märkische	123,60 B
Berlin-Anhalt	141,30 B
Berlin-Dresden	16,70 B
Berlin-Görlitz	30,60 B
Berlin-Hamburg	311,00 B
Bresl.-Schw.-Frbg.	101,00 B
Chemn.-Sorau-Guben	18,40 B
Märkische-Potsdam	32,50 B
Magdeburg-Leipzig	27,75 B
do. do. Lit. H.	248,50 B
Nordhau.-Erfurt	198,50 B
Oberst. Lit. A. u. C.	56,00 B
do. do. Lit. C.	170,50 B
Rechte Oderbr.	15,10 B
Rhein-Radobahn	102,75 B
Stargard-Polen	214,40 B
Thüringische	100,25 B
do. Lit. B. u. St. gar.	110,80 B
do. Lit. C. u. St. gar.	106,50 B
Wismar-Ludwigsh.	100,00 B
Weimar-Gera	51,50 B

Künigl.-Hamm	100,25 B
Rheinisch-Mark.	162,30 B
do. neue 4proc.	159,00 B
do. Lit. B. gar.	100,30 B

Eisenbahn-Prioritäten.	
Aach.-Mairisch	100,00 B
do. do. II.	100,00 B
do. do. III.	100,00 B
Berg.-Märkische	93,25 B
do. do. II.	93,25 B
do. do. III.	93,25 B
do. do. Lit. C.	93,25 B
do. do. IV.	103,00 B
do. do. V.	103,00 B
do. do. VI.	104,00 B
do. do. VII.	103,00 B
do. do. VIII.	99,75 B
do. do. IX.	99,75 B
do. do. X.	102,00 B
do. do. XI.	102,00 B
do. do. XII.	102,00 B
do. do. XIII.	102,00 B
do. do. XIV.	102,00 B
do. do. XV.	102,00 B
do. do. XVI.	102,00 B
do. do. XVII.	102,00 B
do. do. XVIII.	102,00 B
do. do. XIX.	102,00 B
do. do. XX.	102,00 B

Oberst. Lit. H.	100,00 B
do. do. II.	100,00 B
do. do. III.	100,00 B
do. do. IV.	100,00 B
do. do. V.	100,00 B
do. do. VI.	100,00 B
do. do. VII.	100,00 B
do. do. VIII.	100,00 B
do. do. IX.	100,00 B
do. do. X.	100,00 B
do. do. XI.	100,00 B
do. do. XII.	100,00 B
do. do. XIII.	100,00 B
do. do. XIV.	100,00 B
do. do. XV.	100,00 B
do. do. XVI.	100,00 B
do. do. XVII.	100,00 B
do. do. XVIII.	100,00 B
do. do. XIX.	100,00 B
do. do. XX.	100,00 B